

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4852

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4852



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Klima

Positionspapier Junge Grüne Schweiz, August 2024

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	1
Klimakrise	2
Stand der Erhitzung	2
Ursachen der Klimakrise	2
Folgen der Klimakrise	3
Folgen in der Schweiz	5
Klimagerechtigkeit	6
Wer von den Folgen der Klimakrise betroffen ist	6
Wer die Klimakrise verursacht hat	7
Was das bedeutet	9
Klimapolitik	10
Wo wir stehen	10
Aktuelle Klimapolitik	10
Was wir brauchen	13
Klimaschutzmassnahmen	14
Umfassende Massnahmen	14
Mobilität und Raumplanung	15
Energie, Gebäude und Industrie	15
Ernährung und Landwirtschaft	15
Finanzplatz und Rohstoffhandel	16
Massnahmen zur Abscheidung und Speicherung von CO ₂	16
Finanzierung von Klimaschutzmassnahmen	17
Umgang mit den Folgen der Klimakrise	18
Anpassungsmassnahmen in der Schweiz	18
Anpassungsmassnahmen international	18
Flucht und Migration	19
Quellen	20
Abbildungsverzeichnis	23



Klimakrise

Stand der Erhitzung

Seit vor etwa 150 Jahren begonnen wurde, **fossile Brennstoffe** als Energieträger zu verwenden, hat sich das Klima der Erde so schnell erwärmt wie noch nie. Zwischen 1850 und 2019 wurden insgesamt 2400 Gigatonnen CO₂ emittiert. Das führte zu einer CO₂-Konzentration in der Atmosphäre von über 420 ppm¹, dem höchsten Wert seit mindestens 2 Millionen Jahren Erdgeschichte (GML 2024). Durch diese **Treibhausgasemissionen** wurde seit der Industrialisierung eine **Erwärmung** der globalen Durchschnittstemperatur um 1,1°C verursacht (2011-2020 gegenüber 1850-1900) (IPCC 2023). Jeder der zwölf Monate von Juni 2023 bis Mai 2024 war jeweils der heisseste Monat seit Messbeginn, insgesamt war dieses Jahr 1,63°C wärmer als der vorindustrielle Durchschnitt (Copernicus 2024b). Der 22. Juli 2024 war mit 17,16°C der wärmste Tag seit Messbeginn (Copernicus 2024a).

Ursachen der Klimakrise

Der natürliche **Treibhausgaseffekt** wird seit der Industrialisierung durch menschengemachte Emissionen von **CO₂ und weiteren Treibhausgasen** massiv verstärkt. Etwa $\frac{2}{3}$ der globalen Treibhausgasemissionen entstehen durch die Nutzung von fossilen Brennstoffen, also Kohle, Öl und Gas. Methanemissionen entstehen bei Wiederkäuern, Abfallhalden und in der Erdgasproduktion und tragen etwa 16% zu den Gesamtemissionen bei. Kohlenstoff, der in Biomasse gespeichert ist, wird freigesetzt, wenn Wälder gerodet werden, Moore trocken fallen, Böden erodieren und Permafrost auftaut. Dieser tritt als CO₂ und Methan aus und verursacht 10% der Emissionen. Je etwa 6% der Emissionen entstehen, weil in der Zementproduktion im Gestein gespeicherter Kohlenstoff als CO₂ freigesetzt wird und weil überdüngte Böden Lachgas emittieren. Etwa 2% der Klimakrise sind auf synthetische Gase bzw. FCKWs zurückzuführen, diese sind jedoch seit dem Montrealer Protokoll wegen ihrer schädlichen Wirkung auf die Ozonschicht stark eingeschränkt (Hänggi 2018).

¹ ppm steht für parts per million und bedeutet, dass in der Atmosphäre von 1'000'000 Molekülen im Schnitt 410 CO₂-Moleküle sind



Folgen der Klimakrise

Die globale Erwärmung hat auf der Erde viele verheerende Folgen für Ökosysteme, Tiere und Menschen. Dazu gehören:

- **Hitzewellen** werden häufiger und intensiver, die Maximaltemperaturen und die Dauer steigen. Die Häufigkeit von Tropennächten nimmt zu. Darunter leidet die Gesundheit von Tieren, Pflanzen und Menschen.
- Der **Jetstream**² verlangsamt sich, dadurch werden Wetterlagen stabiler, es bleibt also über längere Zeiträume trocken und heiss oder nass und kalt.
- Die **Ozeane** nehmen CO₂ auf und versauern dadurch, als Folge sterben die Korallen. Weil das Wasser sich beim Erwärmen ausdehnt, steigt der Meeresspiegel und es kommt zu Überschwemmungen und Landverlusten an der Küste. Mehr Wasser verdunstet, Starkniederschläge und tropische Wirbelstürme nehmen zu. Weil sich vor allem die oberste Wasserschicht erwärmt, werden die Zirkulationssysteme aus dem Gleichgewicht gebracht, so wird beispielsweise der Golfstrom zusammenbrechen und das Klima in Nordwesteuropa radikal verändern. Das wärmere Wasser beschleunigt auch das Abschmelzen des Meereises in den Polargebieten.
- Die **Eisschilde** Grönlands und der Antarktis schmelzen ab. Dabei kommt es zu verschiedenen Rückkopplungen (vgl. unten), etwa durch den Höhenverlust. Die beiden Eisschilde sind deshalb Kippunkte und werden zwischen 2°C und 3°C Erwärmung fast vollständig abschmelzen und der Meeresspiegel dadurch um bis zu 60 Meter ansteigen (IPCC 2023). Im Gebirge schmelzen die Gletscher: In manchen Regionen ist dadurch die Wasserversorgung, Infrastruktur und Stromproduktion gefährdet.
- Der **Permafrost** schmilzt. In betroffenen Gebieten ist die menschliche Infrastruktur bedroht. Ausserdem werden beim Schmelzen grosse Mengen Kohlenstoff und Methan freigesetzt, was die globale Erwärmung zusätzlich verstärkt.
- Die **Niederschlagsverteilung** verändert sich, weil wärmere Luft mehr Wasser aufnehmen kann, bis sie gesättigt ist. Es kommt zu längeren Trockenperioden, in manchen Regionen steigt das Risiko für Dürren, Waldbrände oder Desertifikation. Gleichzeitig werden Starkniederschläge intensiver, die dann zu Überschwemmungen führen, die zuvor gar nicht möglich gewesen wären. Das stellt an vielen Orten ein grosses Problem für die Landwirtschaft und die Wasserversorgung dar.

Die Klimakrise wirkt sich auch auf die Böden, Wälder und viele weitere Erdsysteme aus. Viele Arten sterben aus oder sind bereits verschwunden, Krankheiten breiten sich aus und viele Menschen werden ihre Existenzgrundlagen verlieren. Die Veränderungen sind schnell, tiefgreifend und oft unumkehrbar. Es treten verschiedene **Rückkopplungen** auf: Wenn beispielsweise Meereis schmilzt und eine Fläche zu Wasser wird, die vorher von hellem Eis und Schnee bedeckt war, dann erwärmt sich die nun dunklere Fläche durch die **Eis-Albedo-Rückkopplung** stärker, da die Oberflächen unterschiedlich viel Sonnenstrahlung reflektieren. Das ist der gleiche Effekt, durch den sich ein schwarzes T-Shirt im Sommer stärker erwärmt als ein weisses.

² Das sind starke Westwinde, die sich wie ein Band um die ganze Erde erstrecken.

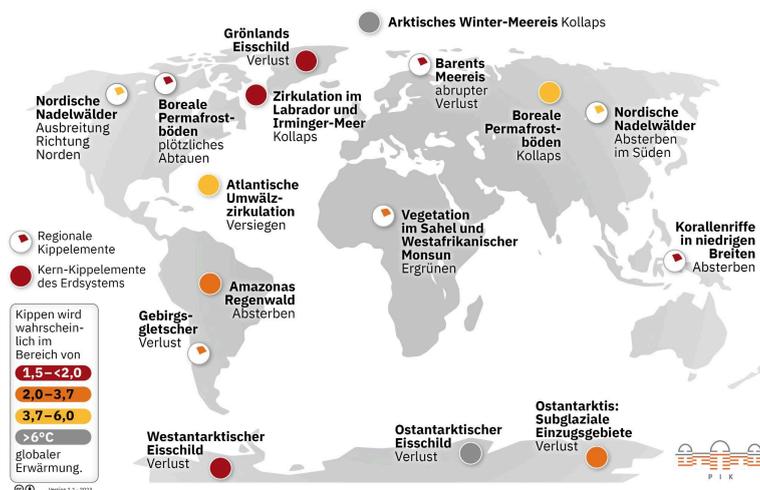


Abbildung 1: Kippelemente im Klimasystem

Durch solche Rückkopplungen gibt es im Klimasystem verschiedene **Kippelemente**. Ab einer gewissen Erwärmung verändern diese Kippelemente sich grundlegend, daher die Bezeichnung **Kippunkt** oder auf Englisch **Tiping Point**. Wenn der Kippunkt einmal überschritten wurde, ist die Veränderung irreversibel: Auch wenn die Erwärmung zurückgeht, bleibt das Kippelement im neuen Zustand. Ein Kippelement funktioniert wie eine Kiste, die auf einem Tisch in Richtung Kante geschoben wird. Am Anfang bewirkt das Schieben immer die gleiche Veränderung, aber ab einem bestimmten Punkt, dem Kippunkt, bewirkt ein kleiner Stupser, dass die Kiste vom Tisch fällt. Zu den Kippelementen gehören unter anderem der Permafrost, die nordatlantische Umwälzbewegung (zu der auch der Golfstrom gehört), der Regenwald im Amazonasgebiet und das westantarktische und grönländische Eisschild. Wenn zum Beispiel bei den Eisschilden die Kippunkte überschritten werden, dann schmelzen sie vollständig und unkontrollierbar ab und der Meeresspiegel steigt stark an. Einige Kippelemente kippen schon bei einer Erwärmung zwischen 1,5°C und 2°C (PIK 2023).



Folgen in der Schweiz

Heute sind die Temperaturen in der Schweiz im Schnitt **2,8°C** höher als der Mittelwert zwischen 1871 und 1900. Die Schweiz erwärmt sich also überdurchschnittlich stark, denn grundsätzlich erwärmen sich die Landmassen der Erde schneller als die Ozeane. Die **Gletscher** der Alpen haben seit 1850 etwa 65% ihres Volumens verloren (MeteoSchweiz 2024).

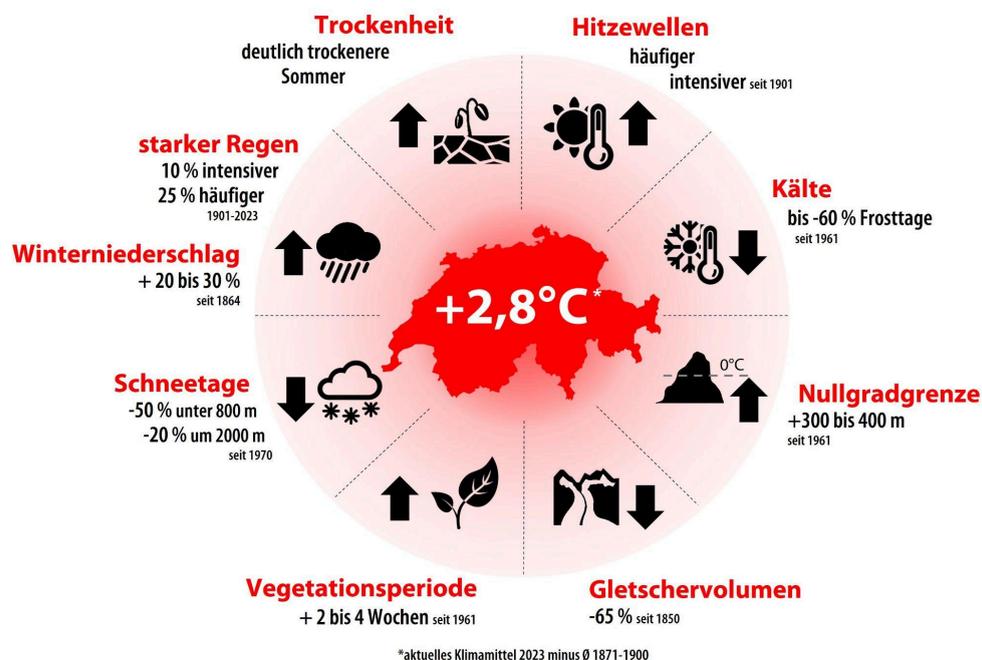


Abbildung 2: Veränderungen in der Schweiz durch die Klimakrise

Die Klimaszenarien des Bundes prognostizieren die Folgen der Klimakrise in der Schweiz im Jahr 2060 (NCCS 2018). Dabei werden vor allem in vier Bereichen starke Veränderungen identifiziert:

- **Trockene Sommer:** bis zu 25% weniger Niederschlag und bis zu 4,5°C höhere Temperaturen
- **Heftige Niederschläge:** häufigere und intensivere Starkniederschläge
- **Mehr Hitzetage:** die Extremtemperaturen steigen mit bis zu 5,5°C noch stärker als die Durchschnittstemperaturen, Hitzewellen werden häufiger
- **Schneearme Winter:** Regen statt Schnee, ein weiterer Anstieg der Nullgradgrenze von heute 850 müM zu 1500 müM bis 2060

Einzelne Starkniederschläge und dazwischen lange Trockenperioden sind ein Problem für die Landwirtschaft. Der fehlende Schnee im Winter schadet beispielsweise dem Tourismus und der Wasserkraft. Neben den direkten Auswirkungen der Klimakrise ist die Schweiz natürlich auch von den Folgen im Ausland betroffen, wenn etwa Importe einbrechen, Konflikte zunehmen und Millionen Menschen flüchten müssen.



Klimagerechtigkeit

Wer von den Folgen der Klimakrise betroffen ist

Die Klimakrise gefährdet die Lebensgrundlagen der Menschheit. Trotzdem sind von den Folgen heute und in Zukunft nicht alle Menschen gleich betroffen. Wie viele andere Krisen auch, verstärkt die Klimakrise **bestehende strukturelle Ungleichheiten** - global und innerhalb einer Gesellschaft. Im Kontext der Klimakrise wird hier die Bezeichnung **MAPA** (most affected people and areas) verwendet. Die Betroffenheit von den Folgen der Klimakrise überschneidet sich mit Rassismus, Sexismus, Ableismus, Klassenunterschieden und vielen weiteren Diskriminierungsformen. Deswegen ist eine **intersektionale Perspektive** und Beachtung von Mehrfachdiskriminierungen bei der Betrachtung der Klimakrise wichtig.

Viele **Länder des Globalen Südens** verfügen über weniger finanzielle Ressourcen, um sich vor den Folgen der Klimakrise wie Hitze, Trockenheit, Desertifikation, Überschwemmungen oder zunehmende Wirbelstürme zu schützen. Diese fehlenden Mittel, sowie Konflikte und instabile politische Systeme sind dabei in einen direkten Zusammenhang mit jahrhundertelanger und andauernder Ausbeutung durch den Globalen Norden zu stellen.

Auch **innerhalb einer Gesellschaft** oder eines Landes sind nicht alle Bevölkerungsgruppen gleich vulnerabel. Faktoren wie die politischen Rechte, der gesellschaftliche Status, das Vermögen, das Einkommen, das soziale Netzwerk und andere Privilegien sind entscheidend dafür, wie gut sich eine Person während einer Katastrophe schützen kann und wie resilient sie gegenüber Veränderungen ist. Wer über wenig finanzielle Mittel verfügt, kann sich keine Klimaanlage leisten und wohnt tendenziell dort, wo es besonders heiss wird oder die Gefahr für Überschwemmungen besonders gross ist. Wer die Landessprache nicht versteht, verpasst Unwetterwarnungen, wer sozial isoliert und nicht abgesichert ist, verliert in Katastrophen die Existenzgrundlagen und kann sich keine Gesundheitsversorgung leisten. Menschen aus benachteiligten Bevölkerungsgruppen sind deshalb stärker von der Klimakrise betroffen.

Ein Beispiel dafür ist die ungleiche Betroffenheit der **Geschlechter**: Vor allem Frauen³ im Globalen Süden leiden stärker unter der Klimakrise. Ernteeinbussen treffen mehrheitlich Frauen, weil sie 70% der Beschäftigten in der Landwirtschaft ausmachen und dabei häufig Selbstversorger*innen sind (Fao 2023). Sie besitzen wenig Land und Kapital und sind dadurch schlechter abgesichert. Wenn Dürren Armut verstärken, sind es zuerst die Mädchen, deren Zugang zu Nahrung und Bildung eingeschränkt wird und die als Folge davon häufiger zwangsverheiratet werden. Frauen sterben auch häufiger bei Naturkatastrophen: Nach einem Tsunami 2004 im Indischen Ozean hat Oxfam festgestellt, dass es viermal mehr weibliche als männliche Tote gab (SPIEGEL 2005). Die Gründe dafür sind, dass Frauen grundsätzlich in der Gesellschaft benachteiligt sind, Warnsysteme sie nicht erreichen, sie nicht schwimmen lernen und in Notsituationen häufig noch für Angehörige sorgen

³ In den Statistiken werden nur zwei Geschlechter untersucht.



müssen. Aber auch in Europa sind beispielsweise im Hitzesommer 2003 mehr Frauen als Männer gestorben, auch hier aus dem Hauptgrund, dass sie in der Notsituation Fürsorge für andere übernahmen.

Weiterhin sind auch **Personen mit Behinderung** durch strukturelle Diskriminierung stärker von der Klimakrise betroffen (Schmidt 2023). So werden sie in vielen politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen und fehlen meist bei der Erforschung der Konsequenzen der Klimakrise auf die Gesellschaft (Schöne 2021). Diese Ausgrenzung setzt sich auch in Evakuierungs- und Notfallplänen fort, wo sie oft nicht berücksichtigt werden. Beispielsweise fehlt es an Barrierefreiheit bei Warnsystemen (wie Gebärdensprache) oder an geeigneter Ausrüstung bei Rettungseinsätzen und in Notunterkünften (Schmidt 2023). Darüber hinaus leiden sie, je nach Art der Behinderung, besonders stark unter Hitzewellen, Wassermangel und anderen Gesundheitsrisiken, die der Klimawandel verschärft. Zwei Beispiele dafür sind allergisches Asthma durch verstärkten Pollenflug und zunehmende psychische Belastung durch die Klimakrise (Schöne 2021). Schliesslich sind Personen mit Behinderungen auch stärker von Vertreibung durch Extremwetterereignisse betroffen. Wer umziehen kann und wer nicht, hängt klar von den vorhandenen Ressourcen ab. Oft sehen sie sich daher gezwungen, zu bleiben, ohne unterstützende Netzwerke, Arbeit oder Gesundheitsversorgung (De Silva-Schmidt o. J.).

Nicht zuletzt sind von der Klimakrise insbesondere diejenigen betroffen, die in 20, 50 oder 100 Jahren auf der Erde leben, wenn sich die Folgen weiter verschärfen. Das betrifft **Kinder und Jugendliche**, aber auch **künftige Generationen**, die in ihrem Leben noch kaum zur Klimakrise beigetragen haben und meist keine oder nur sehr eingeschränkte politische Entscheidungsmacht haben. Die Klimakrise ist deshalb in ihrem Kern auch eine Frage der **Generationengerechtigkeit**.

Wer die Klimakrise verursacht hat

Es gibt immer wieder die Tendenz, die gesamte Menschheit als einheitliche Gruppe für die Klimakrise verantwortlich zu machen. Das entspricht aber nicht der Realität, denn so wie die Betroffenheit durch die Folgen der Klimakrise, ist auch ihre **Verursachung sehr ungleichmässig verteilt** und abhängig von gesellschaftlichen Ungleichheiten und patriarchalen, klassizistischen und sozialen Machtstrukturen.

Hauptverantwortliche der Klimakrise sind in erster Linie **Grosskonzerne**: So waren zwischen 2016 und 2022 weltweit nur 57 Konzerne für 80% aller CO₂-Emissionen verantwortlich, darunter auch der Schweizer Konzern **Glencore**, welcher auf Platz 22 steht und 0,82% aller globalen CO₂-Emissionen verursacht hat (CarbonMajors 2024). Solche besonders klimaschädlichen Konzerne haben über Jahrzehnte systematisch Menschen und Umwelt ausgebeutet und haben im Wissen darüber, welchen Schaden sie verursachen, gigantische Gewinne auf Kosten der Allgemeinheit gemacht. Sie üben gleichzeitig grossen Einfluss auf die Politik aus und verhindern gezielt Klimaschutzmassnahmen.



Die Klimakrise entstand in einem bestimmten **historischen Kontext**. Sie ist ein Produkt der Ungerechtigkeit und bewahrt die ihr zugrunde liegenden Missstände, wie die Ausbeutung von Menschen und die Ausplünderung von Ressourcen, insbesondere des Globalen Südens durch den Globalen Norden. Der **Rassismus** gegenüber dem Globalen Süden ist kein neues Phänomen, sondern eingebettet in eine jahrhundertlange Geschichte des **Kolonialismus** und der Ausbeutung von Rohstoffen und Menschen, die durch die Klimakrise noch verschärft wird. Es handelt sich um eine ökologische Schuld: Die reicheren Länder des Globalen Nordens sind, was die Emissionen angeht, bei den ärmeren Ländern verschuldet, die in der Vergangenheit und auch heute noch eine viel geringere Umweltbelastung haben. Der Globale Norden war in der Vergangenheit für mehr als die Hälfte aller Treibhausgasemissionen verantwortlich, obwohl er $\frac{1}{8}$ der Weltbevölkerung stellt (Ritchie 2019).

Auch auf individueller Ebene sind die Unterschiede enorm: Die **reichsten 10% der Weltbevölkerung** haben seit 1990 ganze **50% der globalen Emissionen** verursacht (Kowalzig et al. 2023). Menschen mit hohem Einkommen können es sich leisten, oft mit dem Flugzeug zu fliegen, viel Fleisch zu essen, jegliche Energiequelle zu nutzen und in grossem Umfang ihren Konsumrausch freien Lauf zu lassen. Es ist daher logisch, dass ihre Umweltauswirkungen grösser sind als die der Mehrheit der Bevölkerung.

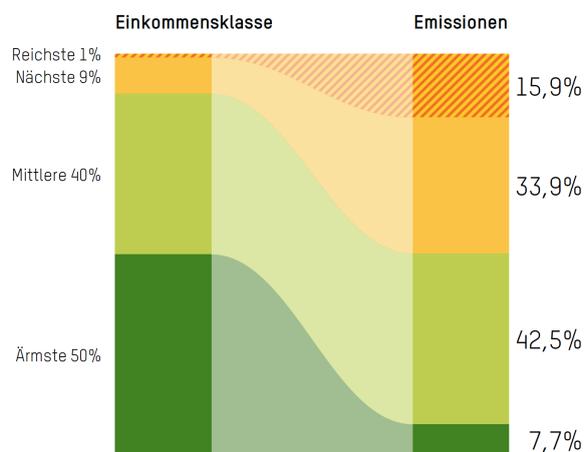


Abbildung 3: Einkommensklassen und Anteil an den globalen Emissionen

Auch das **Geschlecht** spielt eine Rolle für die CO₂-Emissionen (Kowalzig et al. 2023). Viele klimaschädliche Verhaltensweisen, wie Autofahren und Fleisch essen, werden in unserer Gesellschaft der männlichen Geschlechterrolle zugeschrieben. Zudem verfügen diese Personen oft über mehr finanzielle Mittel und tragen daher eine grössere Verantwortung für die Klimakrise.



Was das bedeutet

Diejenigen, die kaum zur Klimakrise beitragen, leiden tendenziell am stärksten unter ihren Folgen. Das muss berücksichtigt werden, wenn darüber diskutiert wird, wer welche **Verantwortung** trägt und wer Klimaschutz **finanzieren** soll. Deshalb sollen **Grosskonzerne** und **Überreiche** den Schaden bezahlen, den sie verursacht haben. Auch der **Globale Norden** hat eine entscheidende Verantwortung in der Bekämpfung der Klimakrise gegenüber dem Globalen Süden, die sich bei der Finanzierung von Klimaschutz und Reparationszahlungen zeigen muss. Noch nicht existentiell von der Klimakrise bedroht zu sein und ihre Folgen ausblenden zu können, ist ein **Privileg**. In so einer Position die Klimakrise und die Notwendigkeit von Massnahmen dagegen zu leugnen oder in Hoffnungslosigkeit zu flüchten, ist ein Luxus, den sich viele Menschen auf der Welt nicht leisten können. Heute sitzen in den **Entscheidungspositionen** in der Politik und in Konzernen vor allem jene, die viel zur Klimakrise beitragen und damit unter Umständen sogar Profite erwirtschaften, aber gleichzeitig kaum von den Folgen betroffen sind. Auch das muss sich ändern, damit die Klimakrise effektiv bekämpft werden kann.



Klimapolitik

Wo wir stehen

Schon seit dem späten 19. Jahrhundert ist bekannt, dass CO₂ in der Atmosphäre den Treibhausgaseffekt verstärkt, seit den 1960er und 1970er Jahren ist klar, dass das Klima der Erde sich erwärmt (DKK o. J.). Bereits 1986 erklärte der Bundesrat in der Antwort auf eine Interpellation zum CO₂-Anstieg in der Atmosphäre, dass die Emissionen aus fossilen Brennstoffen vermindert und der öffentliche Verkehr gefördert werden soll (Amtliches Bulletin 1986). 1995 fand die erste Weltklimakonferenz statt, mit dem **Kyoto-Abkommen** wurde dann 1997 festgelegt, dass die Industrieländer ihre Emissionen senken müssen. Bei der **Pariser Klimakonferenz 2015** haben 196 Länder beschlossen, die Erwärmung möglichst auf 1,5°C und in jedem Fall auf deutlich unter 2°C zu beschränken (Europaparlament o. J.).

Das Ausmass der Erwärmung hängt von der Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre ab, also davon, wie viele Treibhausgase insgesamt emittiert wurden. Daraus lassen sich **CO₂-Budgets** berechnen, mit denen die Erwärmung mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit unter einer Grenze bleibt. Es reicht heute nicht mehr, die Emissionen zu senken, sie müssen auf null. Weil es auf die kumulierten Emissionen ankommt, hängt der Zeitpunkt, an dem **netto null** erreicht sein muss, davon ab, wie schnell die Emissionen am Anfang sinken. Das verbleibende CO₂-Budget ist wie ein Eimer, in den jedes Jahr eine bestimmte Menge Wasser geschüttet wird. Wenn schon in den ersten Jahren deutlich weniger Wasser hineingeschüttet wird, bleibt mehr Zeit, bis der Eimer voll ist und gar kein Wasser mehr hinzugefügt werden darf.

Das CO₂-Budget für eine 67%-Chance für eine Erwärmung unter 1,5°C betrug ab Anfang 2020 noch 400 Gigatonnen CO₂. Pro Kopf auf die Weltbevölkerung verteilt, ergibt sich daraus ein Budget von knapp 400 Megatonnen CO₂ für die Schweiz. Bei den aktuellen Emissionen wäre dieses Budget bis 2030 aufgebraucht (Carbon Budget Calculator 2024). Die Zeit läuft mit jedem Jahr, in dem nichts oder wenig passiert, weiter ab. “Die in diesem Jahrzehnt getroffenen Entscheidungen und durchgeführten Massnahmen werden sich jetzt und für Tausende von Jahren auswirken”, schreibt der Weltklimarat (IPCC 2023).

Aktuelle Klimapolitik

Am 9. April 2024 hat der **Europäische Gerichtshof für Menschenrechte** ein historisches Urteil zugunsten der **KlimaSeniorinnen** gefällt. Die Schweizer Klimapolitik ist ungenügend und verletzt damit Menschenrechte, weil die Klimakrise die Gesundheit der Bevölkerung, insbesondere älterer Frauen, gefährdet. Die Reaktionen auf dieses Urteil in der Schweiz sind ernüchternd: Statt sich sachlich mit dem Urteil auseinanderzusetzen, haben beide Parlamentskammern erklärt, sie werden das Urteil ignorieren (Schweizer Parlament 2024a und Schweizer Parlament 2024b).

Im Juni 2023 stimmten fast 60% für das **Klimaschutzgesetz**. Damit wurde netto null 2050 mit Zwischenzielen im Gesetz verankert und es wurden Fördergelder von insgesamt 1,2 Milliarden



Franken für den Ersatz von fossilen Heizungen und energetische Sanierungen gesprochen. Netto null 2050 ist zu spät für 1,5°C, trotzdem war diese Abstimmung ein wichtiger Sieg für die Klimabewegung der Schweiz. Bundesrat und Parlament müssten basierend auf dieser wegweisenden Entscheidung nun weitere Massnahmen ergreifen. Nachdem das **CO₂-Gesetz** im Juni 2021 vom Volk abgelehnt wurde, hat das Parlament im Frühling 2024 eine neue Version verabschiedet. Es gibt kein Ziel zur Reduktion der Emissionen im Inland bis 2030, der Finanzsektor wurde aus der Vorlage gestrichen und die Massnahmen zur Mobilität sind äusserst schwach (Schweizer Parlament 2024c). So setzt die Schweiz weiterhin auf den Kauf von Zertifikaten aus dem Ausland, um ihre Emissionen zu kompensieren. Das ist keine langfristige Lösung, denn auch die Schweiz muss so schnell wie möglich netto null erreichen.

Auf fossile Brennstoffe gibt es in der Schweiz seit 2008 eine **Lenkungsabgabe**. $\frac{2}{3}$ der Einnahmen werden an die Bevölkerung und Unternehmen gleichmässig rückverteilt, dadurch profitieren vor allem Personen und Unternehmen, die unterdurchschnittlich viel CO₂ verursachen. $\frac{1}{3}$ der Einnahmen fliesst in das Gebäudeprogramm und wird so in erneuerbare Heizungen und energetische Sanierungen investiert. Die Abgabe beträgt 120 Franken pro Tonne CO₂ (BAFU 2020a). Allerdings wird die CO₂-Abgabe nur auf Brennstoffe wie Heizöl erhoben und nicht auf Treibstoffe wie Benzin, der gesamte Verkehrssektor ist also ausgenommen (Tiefenbacher 2022). Unternehmen aus Wirtschaftszweigen, die besonders viele fossile Brennstoffe verbrauchen, können sich **von der CO₂-Abgabe befreien lassen**, wenn sie sich verpflichten, einen Teil ihrer Emissionen zu reduzieren (BAFU 2020a). Dadurch konnten die betroffenen Firmen 2020 über 150 Millionen Franken CO₂-Abgaben sparen (Tiefenbacher 2022). So wird ein eigentlich wirkungsvolles Werkzeug ausgehöhlt.

Klimaschädliche Produkte und Dienstleistungen sind heute viel zu günstig, denn die Kosten aus den Folgen der Klimakrise trägt die Allgemeinheit. Solche **externen Kosten** werden durch eine CO₂-Abgabe **internalisiert**. Eine Lenkungsabgabe ist grundsätzlich auch sozial, wenn sie pro-Kopf rückverteilt wird, denn Menschen mit weniger Geld verursachen weniger CO₂ und bekommen dadurch unter dem Strich mehr Geld zurück. Trotzdem braucht es in diversen Bereichen flankierende Massnahmen, damit beispielsweise Vermieter*innen die Kosten nicht auf Mieter*innen abwälzen können.

Auch Unternehmen, die Teil des **Emissionshandelssystems (EHS)** sind, müssen in der Schweiz keine CO₂-Abgabe bezahlen, sondern für ihre Emissionen **Emissionsrechte** an das Bundesamt für Umwelt (BAFU) abgeben. Die Gesamtmenge an Emissionsrechten ist begrenzt, aber kann unter den Unternehmen im EHS frei gehandelt werden (BAFU 2020b). Teil des EHS sind sehr klimaschädliche Konzerne wie Holcim, BASF, La Roche und Lonza (Tiefenbacher 2024). Recherchen vom Onlinemagazin "das Lamm" zeigen, wie das System versagt und eben diese Konzerne vom Emissionshandel profitieren: Für eine Tonne CO₂ bezahlen die Unternehmen im EHS nur 50 Franken, statt 120 Franken CO₂-Abgabe. Auf diese Weise konnten die Unternehmen drei Milliarden Franken Abgaben einsparen. Dazu kommt, dass der Bund zwischen 2013 und 2020 bis zu 95% der Emissionsrechte verschenkte, viele Unternehmen erhielten dabei sogar mehr Emissionsrechte, als



sie gebraucht hätten, um ihre eigenen Emissionen damit abzudecken. Die überschüssigen Rechte haben insgesamt einen Wert von 361 Millionen Franken und können von den Unternehmen weiterverkauft werden (Tiefenbacher und Mondgenast 2023). Ausserdem erhalten auch die Unternehmen im EHS Geld aus der CO₂-Abgabe der Bevölkerung und KMUs rückverteilt und das, obwohl sie gar keine CO₂-Abgabe bezahlen (Tiefenbacher 2024).

Das **Emissionshandelssystem und die CO₂-Abgabe** müssten also viel strenger und transparenter sein, damit sie ihren Sinn erfüllen. Allerdings gibt es auch grundsätzliche Probleme: Denn das BAFU selbst schreibt zum EHS: “Dabei werden die Emissionen dort reduziert, wo die Kosten tief liegen. So lassen sich Klimaschutzziele kostengünstig erreichen.” (BAFU 2020b). Diese Idee, zuerst da einzusparen, wo es günstig ist, steht im Widerspruch dazu, dass wir innerhalb von kurzer Zeit alle Emissionen auf null bringen müssen. Die Systeme, in denen der Umbau am schwierigsten und teuersten ist, müssen am dringendsten transformiert werden. Deshalb können CO₂-Abgabe und Emissionshandelssystem alleine die Klimakrise nicht lösen.

Wir fordern:

- dass die CO₂-Abgabe auf alle inländischen und importierten Treibhausgase ausgeweitet wird und der Betrag pro Tonne CO₂ sich entsprechend dem verbleibenden CO₂-Budget erhöht
- dass die CO₂-Abgabe zu einem grossen Teil pro-Kopf an die Bevölkerung rückverteilt wird und der Rest für Klimaschutz und Anpassungsmassnahmen verwendet wird
- dass das Emissionshandelssystem abgeschafft wird, alle Unternehmen die CO₂-Abgabe bezahlen müssen und sich auch nicht mit Emissionszielen davon befreien können
- dass der Bund, solange das Emissionshandelssystem noch besteht, keine Emissionsrechte mehr verschenkt, die Unternehmen im EHS angehäuften Rechte zurückgeben müssen und keine CO₂-Abgaben rückverteilt bekommen



Was wir brauchen

Die **planetaren Grenzen** definieren den sicheren Handlungsspielraum für die Menschheit. Diese besagen für neun verschiedene Bereiche, wie viel Umweltbelastung die Erde aufnehmen kann, bevor Ökosysteme kippen und somit die Veränderungen unkontrollierbar und gefährlich werden. Das Konzept geht auf Wissenschaftler*innen des Stockholm Resilience Center zurück, welche 2009 die ersten Belastbarkeitsgrenzen definierten. Die Klimaveränderung ist eine der planetaren Grenzen, andere sind beispielsweise der Ozonabbau in der Stratosphäre, die Versauerung der Ozeane, die Stickstoff- und Phosphorkreisläufe und der Biodiversitätsverlust. Die Klimakrise kann also nur bekämpft werden, wenn alle anderen Umweltkrisen berücksichtigt werden, denn Umweltschutz begrenzt sich nicht auf Klimaschutz.

Das Klima und die anderen ökologischen Systeme funktionieren nach unveränderlichen Naturgesetzen, die menschlich konstruierten Systeme können sich hingegen anpassen. Eine Abwägung zwischen Umweltschutz und Wirtschaftswachstum, wie sie die Darstellung von Nachhaltigkeit als Gleichgewicht zwischen mehreren Säulen suggeriert, ist deshalb irreführend. Um diese Diskussion anzutreiben, haben die Jungen Grünen 2021 die **Umweltverantwortungsinitiative** lanciert. Sie verlangt, dass die Schweiz ihre Umweltbelastung so reduziert, dass sie die planetaren Grenzen nicht mehr überschreitet. Die Belastbarkeitsgrenzen der Erde sollen den Rahmen der Wirtschaft bilden: Die Schweiz soll so produzieren und importieren, dass nur so viele Ressourcen verbraucht und Schadstoffe freigesetzt werden, wie unsere Umwelt verkraftet. Umgesetzt werden soll die Initiative sozialverträglich und spätestens zehn Jahre nach ihrer Annahme.

Das heutige Wirtschaftssystem basiert auf fossilen Energieträgern und unendlichem Wachstum. Die dadurch ausgelösten Klima- und weiteren Umweltkrisen bedrohen schon heute die Lebensgrundlagen auf unserem Planeten. Die notwendigen Massnahmen sind deshalb zahlreich, vielfältig und tiefgreifend. Das kapitalistische System mit seiner **Wachstumsabhängigkeit** muss überwunden werden.⁴ Wir brauchen einen grundlegenden **Systemwandel** in der Art, wie wir produzieren, konsumieren, reisen, handeln, arbeiten, essen und zusammenleben. Einkommen und Ressourcen müssen gerechter verteilt werden, indem die Menschen von unnötiger Arbeit befreit werden und in die öffentlichen Güter investiert werden, die die Menschen wirklich brauchen. Für einen solchen Wandel braucht es radikale politische Massnahmen, denn mit freiwilligen Entscheidungen können in der Schweiz nur gerade 20% der Emissionen vermieden werden (Roher 2021).

⁴ siehe auch Positionspapier [Für eine postkapitalistische Wirtschaft](#) der Jungen Grünen



Klimaschutzmassnahmen

Von den **Treibhausgasemissionen**, die durch den Konsum in der Schweiz verursacht werden, fallen etwa 30% im Inland an, die restlichen 70% werden als **graue Emissionen** aus dem Ausland importiert (Klima-Allianz Schweiz 2016). Von den inländischen Emissionen werden gut 30% im Verkehr, und je ungefähr 25% bei Gebäuden durch fossile Heizungen und Warmwasserbereitung und in der Industrie durch Strom- und Wärmeproduktion, Raffinerien und Abfall verursacht. Etwa 15% der inländischen Emissionen kommen aus der Landwirtschaft (BAFU 2024).

Viele **Klimaschutzmassnahmen** haben **positive Nebeneffekte** auf die Stärkung der Menschenrechte und die Bekämpfung anderer Umweltkrisen, aber auch auf die Gesundheit und Lebensqualität von Menschen. Der Ausstieg aus den fossilen Energien bringt auch eine Unabhängigkeit von autokratischen Ländern wie Russland oder Saudi-Arabien mit sich. Lokale und faire Produktionsweisen sparen Transportwege und können gleichzeitig globale Ausbeutung beenden. Eine klimagerechte Lebensweise ohne Überkonsum und mit kürzerer Arbeitszeit senkt den Stress und ermöglicht vielen Menschen mehr Freizeit. Weniger Fleisch essen und mehr Velofahren ist gesünder, die Mobilitätswende vermeidet neben CO₂-Emissionen auch Lärm und Feinstaub und auf den freien Strassen wäre Platz für Cafés, Hochbeete und spielende Kinder. Der Wandel hin zu einer klimaneutralen Zukunft kann gleichzeitig ein gutes Leben für alle ermöglichen.

Umfassende Massnahmen

Wir fordern:

- dass sich die Schweiz international konsequent zur 1,5°C-Grenze und zum Pariser Klimaabkommen bekennt
- dass der Bund ein 1,5°C-kompatibles Treibhausgas-Budget für die Schweiz festlegt
- dass der Bund in regelmässigen Abständen die Bevölkerung über das verbleibende Budget informiert
- dass die planetaren Grenzen den Rahmen der Wirtschaft bilden
- Rückbau klimaschädlicher Wirtschaftsbereiche im Sinne eines grünen Schrumpfung
- Unterstützungen und vereinfachten Zugang zu Umschulungen für Beschäftigte in betroffenen Sektoren
- eine vom Wirtschaftswachstum unabhängige Finanzierung des Sozialstaats
- die Abschaffung des BIP als Wirtschaftsindikator und stattdessen Umwelt-, Sozial- und Wohlstandsindikatoren
- eine Klimafolgenabschätzung bei allen politischen Projekten und neuen Gesetzen
- ein Werbeverbot für klimaschädliche Produkte und Dienstleistungen
- eine generelle Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich für tiefe Einkommen



Mobilität und Raumplanung

Wir fordern:

- kostenlosen Nahverkehr
- die Wiedereinführung und der Ausbau von Nachtzügen durch die SBB
- den Ausbau von sicheren Fuss- und Velowegen, sowie Velostellplätzen und Ladestationen für E-Bikes
- den Abbau von Barrieren
- autofreie Städte
- Massnahmen zur Förderung von Carsharing-Systemen
- Unterstützung für die Elektrifizierung des gewerblichen Verkehrs
- eine Raumplanung, die kurze Wege und eine gute Nahversorgung, auch in ländlichen Gebieten, zum Ziel hat
- ein Verkaufs- und Importverbot von Autos mit Verbrennungsmotoren
- einen Baustopp für Bundesstrassen
- eine Reduktion der Höchstgeschwindigkeiten für den motorisierten Individualverkehr und innerorts generell Tempo 30
- ein Verbot von Kurzstreckenflügen und den Ausstieg aus allen Subventionen und Steuervergünstigungen für die Luftfahrt
- ein Verbot von Privatjets
- ein Flug-Kontingent, welches festlegt, wie viel pro Person geflogen werden darf

Energie, Gebäude und Industrie

Wir fordern:

- den Atomausstieg
- 100% erneuerbare Energien durch einen Ausbau der Windkraft und eine Solarpflicht für alle geeigneten Flächen auf Bauten
- eine progressive Preisgestaltung des Stromverbrauchs
- dass Renovationen priorisiert und Neubauten zur Ausnahme werden
- ein Verbot von Öl- und Gasheizungen
- eine Beschleunigung der energetischen Sanierungen mit finanziellen Unterstützungen und Schutz vor Kostenüberwälzungen für Mieter*innen
- die Förderung von nachhaltigen Baumaterialien, um die Zementproduktion zu senken
- eine Reparationspflicht für elektronische Geräte

Ernährung und Landwirtschaft⁵

Wir fordern:

- ein Verbot von Massentierhaltung
- Massnahmen zur Reduktion des Konsums tierischer Produkte
- Unterstützung für Landwirt*innen bei der Umstellung der Produktionsweise

⁵ siehe auch Positionspapier [Landwirtschafts- und Ernährungssysteme](#) der Jungen Grünen



- dass alle Detailhändler*innen verpflichtet sind, abgelaufene Lebensmittel an gemeinnützige Institutionen zu spenden

Finanzplatz und Rohstoffhandel

Der **Schweizer Finanzplatz** verursacht 20 mal mehr Emissionen als die gesamte Schweiz im Inland oder über 2% der globalen Treibhausgasemissionen (Klima-Allianz Schweiz 2019). Eine Recherche von Public Eye zeigt, dass 245 Schweizer Konzerne mit Kohle handeln oder selbst Kohleminen betreiben. So laufen etwa 40% des weltweiten **Kohlehandels** über die Schweiz. Dadurch werden Emissionen von jährlich 5,4 Milliarden Tonnen CO₂ verursacht, also über 100 mal mehr als die Direktmissionen der Schweiz (Carbó et al. 2022). Auch andere Rohstoffe werden über die Schweiz gehandelt, vom Erdöl etwa 35% weltweit (Public Eye o. J.). Der **Rohstoffhandel** geht dabei auch mit einer strukturellen Ausbeutung des Globalen Südens, lokaler Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen einher.

Konzerne wie Glencore und Banken wie die UBS verantworten einen relevanten Teil der globalen Treibhausgasemissionen, doch sie werden in der Schweiz kaum reguliert. Dieser enorme Hebel darf nicht länger ungenutzt bleiben.

Wir fordern:

- ein Verbot von Investitionen in fossile Energieträger (Divestment) für den gesamten Schweizer Finanzplatz, Banken, Pensionskassen, Versicherungen und die Schweizerische Nationalbank
- Transparenz über alle potenziell klimaschädlichen Investitionen
- ein Verbot für den Handel mit fossilen Brennstoffen

Massnahmen zur Abscheidung und Speicherung von CO₂

Neben Massnahmen, die direkt Emissionen verhindern, wird auch über Massnahmen diskutiert, die **CO₂ aus der Atmosphäre entfernen** und in Senken speichern sollen. Senken nehmen Schadstoffe auf, **CO₂-Senken** sind die Atmosphäre, die Meere, die Pflanzen und die Böden. In der Atmosphäre führt CO₂ zur Klimakrise, die Meere versauern. Aufforstung von Wäldern und eine humusaufbauende Landwirtschaft können als natürliche Senken CO₂ aus der Atmosphäre speichern. Allerdings werden heute nach wie vor viele Wälder zerstört und Moore trockengelegt. Technologien, mit denen CO₂ künstlich aus der Atmosphäre entfernt und eingelagert werden soll (CCS, Carbon Capture and Storage), sind heute noch sehr teuer und nicht in grossem Umfang anwendbar. Statt CO₂ aus der Atmosphäre zu filtern, könnte es direkt bei der Entstehung abgeschieden werden, weil dort die Konzentration viel höher ist. Dabei kann aber nur ein Teil des CO₂ abgeschieden werden, ausserdem sind auch diese Prozesse sehr energieaufwändig und teuer. Für die Endlagerung von abgeschiedenem CO₂ gelten ähnliche Unsicherheiten und Risiken wie für Atommüll. All diese Ansätze können keine Alternative zur Vermeidung von CO₂-Emissionen sein. Sie werden vermutlich eingesetzt werden müssen, um die letzten, nicht vermeidbaren Emissionen etwa in der Landwirtschaft, zu kompensieren und so netto null zu erreichen (Hänggi 2018).



Finanzierung von Klimaschutzmassnahmen

Die Kosten für Klimaschutz sind langfristig viel tiefer als die Kosten, die eine ungebremsste Klimakrise verursachen würde (von Eichenhorn 2024). Zudem lassen sich mit vielen Massnahmen Synergien herstellen zwischen Klimaschutz und anderen Umwelthanliegen, Gesundheit oder Lebensqualität. Und wenn ganz grundsätzlich zwischen der Vermeidung von Kosten und dem Erhalt der Lebensgrundlagen abgewogen wird, müssten die Prioritäten eigentlich klar sein.

Trotzdem wird der Wandel zu einer klimaneutralen Gesellschaft in den nächsten paar Jahren Kosten verursachen. Auch damit Massnahmen mehrheitsfähig sind, ist es wichtig, diese **Kosten gerecht zu verteilen**. Dabei ist ein Grundsatz, dass bezahlen soll, wer in der Vergangenheit von der Verursachung der Klimakrise profitiert hat. Dazu gehören **Grosskonzerne**, die über Jahrzehnte Profit mit fossilen Brennstoffen und auf Kosten der Allgemeinheit gemacht haben und in der Schweiz teilweise auch noch im Emissionshandelssystem profitieren konnten. Auch **Überreiche** verantworten einen unverhältnismässig grossen Teil der Klimakrise, deshalb sollen Vermögens- und Erbschaftssteuern ausgebaut werden, wie das beispielsweise die Initiative für eine Zukunft der JUSO Schweiz fordert.

Klimaschutzmassnahmen können ausserdem finanziert werden durch:

- Geld, das eingespart werden kann durch einen sofortigen Stopp von öffentlichen klimaschädlichen Investitionen, wie dem Ausbau der Autobahnen, und Subventionen, beispielsweise für die Luftfahrt.
- den Teil der CO₂-Abgabe, der nicht rückverteilt wird und eine Ausweitung der Abgabe.
- eine Übergewinnsteuer für Energiekonzerne, die von den gestiegenen Ölpreisen durch den Ukrainekrieg profitierten.



Umgang mit den Folgen der Klimakrise

Anpassungsmassnahmen in der Schweiz

Zusätzlich zum Klimaschutz, braucht es schon heute Massnahmen, um betroffene Menschen vor den Folgen der Klimakrise zu schützen. Dabei ist wichtig, dass die **Anpassungsmassnahmen** langfristig funktionieren, nicht selbst die Klimakrise verstärken und die betroffenen Akteur*innen in Entscheidungsprozesse miteinbezogen werden. Von den Folgen der Klimakrise sind nicht alle Menschen gleich stark gefährdet, auch dieser Tatsache müssen Anpassungsmassnahmen Rechnung tragen, also besonders exponierte Regionen und Bevölkerungsgruppen schützen und durch die Klimakrise verstärkte Ungleichheiten ausgleichen. Auch Anpassungsmassnahmen sollen gerecht finanziert werden.

Wir fordern:

- dass die Landwirtschaft im Umgang mit den Folgen der Klimakrise (z.B. Ernteauffälle) unterstützt wird
- dass der Hochwasserschutz verbessert wird, etwa durch die Renaturierung von Flussufern
- dass Infrastruktur in Berggebieten angepasst wird
- dass Mittel bereitgestellt werden für den Wiederaufbau nach Katastrophen
- dass die Ausbildung von spezialisierten Rettungseinheiten für Extremwetterereignisse gefördert wird, die z.B. aus dem Zivilschutz oder dem Zivildienst kommen könnten
- dass Städte entsiegelt und begrünt werden, um Hitzeinseln zu verhindern
- dass im Tourismus nachhaltige und von Schnee unabhängige Alternativen gefördert werden
- Hitzefrei bei hohen Temperaturen für Schüler*innen, Auszubildende und Arbeiter*innen, deren Lern- oder Arbeitsort nicht gekühlt werden kann, insbesondere für Berufe wie Bauarbeiter*innen oder Gärtner*innen, die draussen arbeiten
- dass das Gesundheitswesen gestärkt wird, um gesundheitliche Folgen der Klimakrise (z.B. durch Hitzewellen) auffangen zu können

Anpassungsmassnahmen international

Die Schweiz trägt eine **historische Verantwortung** für die Klimakrise und verfügt über viele finanzielle und technische Mittel. Sie muss deshalb die oft stärker von den Folgen der Klimakrise betroffenen Ländern des Globalen Südens unterstützen. Internationale Anpassungsmassnahmen dürfen dabei keine neokolonialen Strukturen reproduzieren.

Wir fordern:

- dass die Schweiz ausreichend Mittel in Form von Reparationszahlungen und Entschädigungen gegenüber Ländern des Globalen Südens bereitstellt
- dass die Schweiz sich für eine Schuldenstreichung gegenüber Ländern des Globalen Südens einsetzt



Flucht und Migration⁶

Schon heute sind Menschen durch die **Folgen der Klimakrise** gezwungen zu **flüchten**. Das wird sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiter verschärfen (UNHCR 2022). Gleichzeitig gibt es noch kaum **rechtlichen Schutz** für Betroffene und keine internationalen Lösungen für das Problem.

Die Klimakrise bewirkt **schleichende Veränderungen**, wie die Versalzung von Böden und Grundwasser, fortschreitende Desertifikation, Meeresspiegelanstieg oder sich verschärfende Wasserknappheit und die Klimakrise **erhöht das Risiko für plötzliche Ereignisse** wie Überschwemmungen oder Wirbelstürme, durch die Menschen zur Flucht gezwungen werden können (UNHCR 2022).

Betroffen von Klimaflucht sind vor allem ärmere Menschen in Ländern des Globalen Südens, da diese Regionen stärker von den Folgen der Klimakrise betroffen sind und die Menschen oft direkt abhängig von natürlichen Ressourcen sind, wenn sie beispielsweise von der Landwirtschaft leben. Bei den gleichen Veränderungen durch die Klimakrise gibt es Bevölkerungsgruppen, die über so viele Ressourcen verfügen, dass ihre Resilienz gross genug ist, um die Krise zu bewältigen, ohne zu migrieren. Gleichzeitig gibt es Bevölkerungsgruppen, denen die Ressourcen oder Fähigkeiten fehlen, um zu migrieren, weil beispielsweise durch die Klimakrise die Einnahmen aus der Landwirtschaft fehlen. Letztere werden als **Trapped Populations** bezeichnet. Diejenigen, die am stärksten betroffen sind, haben also teils gar nicht die Möglichkeit zu migrieren. Die Möglichkeiten zur Migration und Gefährdung durch die Klimakrise sind dabei von verschiedenen, sich überschneidenden Diskriminierungsformen abhängig. Bei Klimakatastrophen wie Überschwemmungen im Globalen Süden können etwa Frauen oft nicht flüchten und sind dann stärker gefährdet, weil sie schlechteren Zugang zu Verkehrsmitteln und Warnsystemen haben und Verantwortung für die Versorgung von Angehörigen tragen.

Viele geflüchtete Menschen leben auch nach ihrer Flucht in Ländern, die sehr stark von den Folgen der Klimakrise betroffen sind. Geflüchtete Menschen gehören dann oft zu den vulnerabelsten gesellschaftlichen Gruppen (UNHCR 2024). Es gibt bislang kaum **rechtlichen Schutz** für Menschen, die vor den Folgen der Klimakrise flüchten. Einzig die Kampala-Konvention der Afrikanischen Union führt in der Definition von Binnenvertriebenen das Klima als Fluchtgrund auf und fordert Schutz für Betroffene (bpb 2019).

Wir fordern:

- dass die Schweiz die Klimakrise als Fluchtgrund anerkennt, einen rechtlichen Schutz und sichere Fluchtwege für Betroffene schafft
- dass die Schweiz sich international für die Rechte und den Schutz von Klima-Geflüchteten einsetzt

⁶ siehe auch Positionspapier [Migrationspolitik](#) der Jungen Grünen



Quellen

Amtliches Bulletin der Bundesversammlung (1986). *Interpellation Wick, CO2-Anstieg in der Atmosphäre*. Interpellation. Zugriff am 05.08.2024 auf

<https://www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch/viewOrigDoc/20015067.pdf?ID=20015067>.

BAFU (2020a). *CO2-Abgabe*. Internetseite. Zugriff am 05.08.2024 auf

<https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/fachinformationen/verminderungsmassnahmen/co2-abgabe.html>.

BAFU (2020b). *Emissionshandelssystem (EHS)*. Internetseite. Zugriff am 05.08.2024 auf

<https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/fachinformationen/verminderungsmassnahmen/ehs.html>.

BAFU (2024). *Treibhausgasinventar der Schweiz*. Internetseite. Zugriff am 12.08.2024 auf

<https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/zustand/daten/treibhausgasinventar.html>

bpb Bundeszentrale für politische Bildung (2019). *Rechtliche Schutzmöglichkeiten für "Klimaflüchtlinge"*.

Internetseite. Zugriff am 12.08.2024 auf

<https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdossiers/283563/rechtliche-schutzmoeglichkeiten-fuer-klimafluechtlinge/#footnote-target-15>.

Carbó, Adrià Budry und Robert Bachmann (2022). *Die Schweiz auf ihrem Kohleberg*. Bericht von Public Eye.

Zugriff am 13.08.2024 auf

https://www.publiceye.ch/fileadmin/doc/Rohstoffe/2022_PublicEye_DieSchweizAufihremKohleberg_Report.pdf.

Carbon Budget Calculator (2024). *Country Carbon Budgets*. Internetseite. Zugriff am 09.08.2024 auf

<https://carbonbudgetcalculator.com/country.html?country=Switzerland>.

CarbonMajors (2024). *The Carbon Majors Database*, Launch Report.

Copernicus (2024a). *New record daily global average temperature reached in July 2024*. Internetseite. Zugriff am 2.8.2024 auf

https://climate.copernicus.eu/new-record-daily-global-average-temperature-reached-july-2024?utm_source=socialmedia&utm_medium=ig&utm_id=news--record-temperature-0724&utm_campaign=feed.

Copernicus (2024b). *Copernicus: May 2024 is the 12th consecutive month with record-high temperatures*.

Internetseite. Zugriff am 2.8.2024 auf

<https://climate.copernicus.eu/copernicus-may-2024-12th-consecutive-month-record-high-temperatures>.

De Silva-Schmidt, Fenja (o. J.). *Warum der Klimawandel behinderte Menschen besonders trifft*. Internetseite.

Zugriff am 24.08.2024 auf

<https://www.helmholtz-klima.de/aktuelles/warum-der-klimawandel-behinderte-menschen-besonders-trifft>.

DKK (o. J.) *Wie das Klima erforscht wird*. Internetseite. Zugriff am 12.08.2024 auf

<https://www.deutsches-klima-konsortium.de/klima-themen/klimaforschung.html>.

Europaparlament (o. J.). *A Guide to Climate Change Negotiations*. Internetseite. Zugriff am 12.08.2024 auf

https://www.europarl.europa.eu/infographic/climate-negotiations-timeline/index_en.html



FAO - Food and Agriculture Organization of the United Nations (2023). *The status of women in agrifood systems*. Internetseite. Zugriff am 12.08.2024 auf <https://openknowledge.fao.org/server/api/core/bitstreams/317db554-c763-4654-a0d3-24a8488bbc3a/content/cc5343en.html>.

GML Global Monitoring Laboratory (2024). *Trends in CO₂, CH₄, N₂O, SF₆*. Internetseite. Zugriff am 10.08.2024 auf <https://gml.noaa.gov/ccgg/trends/mlo.html>.

Hänggi, Marcel (2018). *Null Öl. Null Gas. Null Kohle. Wie Klimapolitik funktioniert*. Rotpunktverlag.

IPCC (2023). *Zusammenfassung für die politische Entscheidungsfindung. In: Klimawandel 2023: Synthesebericht. Beitrag der Arbeitsgruppen I, II und III zum Sechsten Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen*. Deutsche Übersetzung auf Basis der Version vom März 2023. Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle, Bonn; Die Luxemburger Regierung, Luxemburg; Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, Wien; Akademie der Naturwissenschaften Schweiz SCNAT, ProClim, Bern; April 2024. Zugriff am 13.08.2024 auf https://www.de-ipcc.de/media/content/IPCC_AR6_SYR_DE_barrierefrei.pdf.

Klima-Allianz Schweiz (2016). *Klima-Masterplan Schweiz*. Zugriff am 12.08.2024 auf https://www.klima-allianz.ch/wp-content/uploads/Klima-Allianz_Schweiz_Masterplan-1.pdf.

Klima-Allianz Schweiz (2019). *Finanzplatz Schweiz: Klimahebel beträgt 20-faches der Inlandemissionen*. Erläuterung. Zugriff am 12.08.2024 auf <https://www.klima-allianz.ch/wp-content/uploads/Klimahebel-Finanzplatz-Hochrechnung-1.pdf>.

Kowalzig, Jan, Mara Brückner und Manuel Schmitt (2023). *Klima der Ungleichheit*. Studie von Oxfam Deutschland e.V.. Zugriff auf <https://www.oxfam.de/system/files/documents/20231120-oxfam-klima-ungleichheit.pdf>.

MeteoSchweiz (2024). *Klimawandel*. Internetseite. Zugriff am 22.07.2024 auf <https://www.meteoschweiz.admin.ch/klima/klimawandel.html>.

NCCS (2018). *CH2018 - Klimaszenarien für die Schweiz*. National Centre for Climate Services, Zürich. Zugriff am 12.08.2024 auf <https://www.nccs.admin.ch/nccs/de/home/klimawandel-und-auswirkungen/schweizer-klimaszenarien/broschuere-bestellen.html>.

Oxfam International (2005). *The tsunami impact on women*. Oxfam International. Zugriff am 12.08.2024 auf <https://oxfamilibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/115038/bn-tsunami-impact-on-women-250305-en.pdf?sequence=1>.

PIK - Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (2023). *Kippelemente – Großrisiken im Erdsystem*. Internetseite. Zugriff am 09.08.2024 auf <https://www.pik-potsdam.de/de/produkte/infothek/kippelemente/kippelemente>.

Public Eye (o. J.). *Die Rohstoff-Drehscheibe Schweiz*. Internetseite. Zugriff am 12.08.2024 auf <https://www.publiceye.ch/de/themen/rohstoffhandel/schweiz/rohstoff-drehscheibe>.

Rohrer, Jürg (2021). *Klimaerhitzung: Welchen Beitrag können Eigenverantwortung bzw. politische Massnahmen leisten?*. Studie ZHAW - Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften. Zugriff am 12.08.24 auf



<https://digitalcollection.zhaw.ch/server/api/core/bitstreams/9182f0d6-915f-40e3-a2aa-a7b8a3947086/content>.

Ritchie, Hannah (2019): *Who has contributed most to global CO2 emissions?* Internetseite. Zugriff am 09.08.2024 auf <https://ourworldindata.org/contributed-most-global-co2#article-citation>.

Schmidt, Katharina (2023). *Raúl Krauthausen über die Klimakrise: „Behinderte Menschen sind die ersten Opfer“*. Interview. Zugriff am 24.08.2024 auf https://utopia.de/raul-krauthausen-ueber-die-klimakrise-behinderte-menschen-sind-die-ersten-opfer_515950/.

Schöne, Andrea (2021). *Inklusion in Zeiten der Klimakrise*. Internetseite. Zugriff am 24.08.2024 auf <https://dieneuenorm.de/gesellschaft/inklusion-in-zeiten-der-klimakrise/>.

Schweizer Parlament (2024a). *24.054 Erklärung des Nationalrates. Urteil des EGMR « Verein KlimaSeniorinnen Schweiz u.a. vs Schweiz»*. Zugriff am 12.08.2024 auf <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20240054>.

Schweizer Parlament (2024b). *24.053 Erklärung des Ständerates. Urteil des EGMR « Verein KlimaSeniorinnen Schweiz u.a. vs Schweiz»*. Zugriff am 12.08.2024 auf <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20240053>.

Schweizer Parlament (2024c). *22.061 CO2-Gesetz für die Zeit nach 2024. Revision*. Zugriff am 12.08.2024 auf <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20220061>.

SPIEGEL (2005). *Tsunami tötete bis zu viermal mehr Frauen als Männer*. Zeitungsartikel. Zugriff am 12.08.2024 auf <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/opferzahlen-tsunami-toetete-bis-zu-viermal-mehr-frauen-als-maenner-a-362711.html>.

von Eichenhorn, Christoph (2024). *Klimaschutz käme günstiger als Klimaerwärmung*. Zeitungsartikel im Tagesanzeiger. Zugriff am 12.08.2024 auf <https://www.tagesanzeiger.ch/kosten-klimaschutz-kaeme-guenstiger-als-klimaerwaermung-538878581789>.

Tiefenbacher, Alex und Luca Mondgenast (2023). *Emissionshandelssystem: Eine Flatrate auf Monsteremissionen*. Zeitungsartikel im "Das Lamm". Zugriff am 05.08.2024 auf <https://daslamm.ch/emissionshandelssystem-eine-flatrate-auf-monsteremissionen/>.

Tiefenbacher, Alex (2024). *Am heissen Brei vorbeidebattiert*. Zeitungsartikel im "Das Lamm." Zugriff am 05.08.2024 auf <https://daslamm.ch/am-heissen-brei-vorbeidebattiert/>.

Tiefenbacher, Alex (2022). *Die CO2-Abgabe: Der hohle Kern der Schweizer Klimapolitik*. Zeitungsartikel im "Das Lamm." Zugriff am 05.08.2024 auf <https://daslamm.ch/die-co2-abgabe-der-hohle-kern-der-schweizer-klimapolitik/>.

UNHCR (2022). *Global Trends Report 2021*. Bericht. Zugriff am 12.08.2024 auf <https://www.unhcr.org/media/global-trends-report-2021>.

UNHCR (2024). *Global Trends Report 2023*. Bericht. Zugriff am 12.08.2024 auf <https://www.unhcr.org/global-trends-report-2023>.



Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: PIK - Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (2023). *Kippelemente – Großrisiken im Erdsystem*. Internetseite. Zugriff am 09.08.2024 auf

<https://www.pik-potsdam.de/de/produkte/infothek/kippelemente/kippelemente>.

Abbildung 2: MeteoSchweiz (2024). *Klimawandel*. Internetseite. Zugriff am 22.07.2024 auf

<https://www.meteoschweiz.admin.ch/klima/klimawandel.html>.

Abbildung 3: Kowalzig, Jan, Mara Brückner und Manuel Schmitt (2023). *Klima der Ungleichheit*. Studie von Oxfam Deutschland e.V.. Zugriff auf

<https://www.oxfam.de/system/files/documents/20231120-oxfam-klima-ungleichheit.pdf>.